

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	111
		TOP:	20
Verhandlung		Drucksache:	1015/2019
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	05.11.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Frau Knotz, Herr Dr. Oediger (beide ASW)		
Protokollführung:	Frau Schmidt / fr		
Betreff:	Stadtteilzentren konkret - Bericht über die vorgesehenen Projekte im DHH 2020/21		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 21.10.2019, GRDRs 1015/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Dr. Vetter (CDU) signalisiert Unterstützung für die Vorlage, sieht jedoch die Förderung einer Apotheke am Vaihinger Markt, für die Unterstützungsbedarf aufgrund steigender Kundenzahlen angemeldet werde, kritisch. Dazu wünsche er weitere Informationen.

Die Umgestaltung des Grazer Platzes greift StRin Kletzin (SPD) auf. Diese solle möglichst schnell umgesetzt werden, sei aber in den Planungen für den Doppelhaushalt nicht enthalten. Wenn nur die Hälfte der Summe zur Verfügung stehe, und das Projekt nicht zur Gänze abgeschlossen werden könne, sei dies "fatal".

Gegenüber StRin Kletzin erläutert Herr Dr. Oediger (ASW), drei Fraktionen hätten die Weiterführung des Investitionsfonds beantragt. Diese Mittel würden dringend benötigt. In der nächsten Sitzung des Bezirksbeirates Feuerbach werde die detaillierte Planung zum Grazer Platz vorgestellt. An StR Dr. Vetter gerichtet betont er, die Reihenfolge der

Abläufe müsse betrachtet werden. Zunächst habe eine Apotheke aus betrieblichen Gründen geschlossen; im Anschluss habe sich die zweite, am Vaihinger Markt ansässige Apotheke dazu entschlossen zu investieren. Er verweist darauf, dass der Vaihinger Markt ein Gebiet mit Trading-down-Effekt sei. Daher sei man "heilfroh", wenn es auf dieser Fläche nachhaltige Investitionen gebe. Das Förderprogramm sei auch dafür vorgesehen, Investoren wirtschaftlichen Gewinn zu ermöglichen, tue letztendlich aber den Stadtteilzentren gut.

Frau Knotz (ASW) ergänzt, dass die Apotheke am Vaihinger Markt vor Ort sehr geschätzt werde. Es sei vorgesehen, den Kundenraum den erhöhten Anforderungen anzupassen. Die beteiligten Einzelhandelsvereine und die Wirtschaftsförderung unterstützten dieses Projekt.

Für StR Kotz (CDU) ist diese Förderung nicht nachzuvollziehen. Es werde in die Erweiterung eines florierenden Unternehmens investiert. Dies müsse von den Betreibern der Apotheke selbst geleistet werden.

StRin Schanbacher (SPD) betont, dass die Projekte vom Bezirksbeirat priorisiert worden seien. Dieses Gremium wisse, was vor Ort benötigt werde. Es gehe um medizinische Nahversorgung und die Vermeidung eines weiteren "Trading down".

BM Pätzold verweist auf die Förderrichtlinien, denen das Projekt entspreche. In Bad Cannstatt werde beispielsweise auch die Vergrößerung eines Orthopädie-Geschäftes unterstützt. Er schlage vor, die Förderrichtlinien zu überprüfen.

Dieses Programm, so Herr Dr. Oediger, sei ein "lernendes Programm", für das nach drei Jahren eine Evaluierung vorgesehen sei. Dann bestehe die Möglichkeit nachzusteuern. Es handle sich um eine Förderrichtlinie für einen eng begrenzten Raum mit einem festgeschriebenen Förderzweck. Ähnlich verhalte es sich bei der Stadtsanierung, bei der ebenfalls private Investitionen unterstützt würden. Ob ein Immobilieneigentümer das städtische Geld zwingend benötige, werde nicht geprüft. Wenn die Kriterien erfüllt würden, bestehe Anspruch auf Förderung, soweit das Geld im Haushalt vorhanden sei. Dieser Grundsatz gelte auch für das Projekt der Vaihinger Apotheke. Er nehme die Kritik mit und werde prüfen, wie mit potenten Betrieben umgegangen werden könne.

StR Zeeb (FW) betont, Förderrichtlinien müssten befolgt werden. Es dürfe keine "Wohlstandsprüfung" erfolgen.

Für StR Kotz kommt es auf die Intention des Förderprogrammes und den Mehrwert für die Gesellschaft an. Als Beispiel nennt er die Unterstützung von Energiesparmaßnahmen. Die Förderung eines hervorragend laufenden Unternehmens generiere keinen gesellschaftlichen Vorteil. Die Richtlinien müssten geprüft werden.

Fördermaßnahmen lehnt StR Dr. Korneffel (AfD) grundsätzlich ab. Die Gesellschaft habe die Aufgabe, die Aufnahme von selbstständiger Tätigkeit vorzubereiten.

Sinn des Programmes sei es, die Nahversorgung vor Ort zu erhalten, so der Vorsitzende. In 2020 erfolge die Evaluation; im Zuge dessen würden die Förderkriterien erneut dargestellt.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von der GR Drs 1015/2019 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB/82
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. BezÄ Ca, Feu, Un, Vai, Weil, Zu
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FRAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS